



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/94 - 23. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Einweise
auf den Inhalt:

Nachwort zu Würzburg	S. 1
Die Empfehlungen der "Messina-Kommissionen"	S. 3
"Weniger verhaften, mehr belehren", rät Ulbricht	S. 4
Um die Reform des 13ler Gesetzes	S. 6
Steuersenkungen im Vordergrund	S. 8

Parteitag der Abrechnung

K.N. Nach der Entwicklung der letzten Wochen und Monate, die mit der schleichenden Koalitionskrise begann und mit der Abspaltung des Ministerflügels ihren dramatischen Höhepunkt erreichte, hatte sich eine endgültige Klärung der innenpolitischen Fronten als dringend notwendig erwiesen. Dieser Klärungsprozess ist in Würzburg gründlich und in einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lässt, abgeschlossen worden: Die FDP hat sich freigeschwommen. Die goldenen und schwarzen Fesseln, mit denen sie in Bonner Kielwasser in zunehmender Masse behindert wurde, sind abgestreift worden. Aus dem Riss in der Koalition ist ein offener Bruch geworden.

Wenn auch angesichts dieser Situation Kombinationen über mögliche Koalitionsentwicklungen nach den Bundestagswahlen 1957 als verfrüht erscheinen, so sollte jedoch zunächst ein entscheidender Tatbestand nicht übersehen werden: Die CDU und ihr Vorsitzender, Konrad Adenauer, werden den kommenden Wahlkampf in einer völligen Isolierung bestreiten müssen. Der Glorienschein des "Vaters aller guten Deutschen", mit dem die Regierungspropaganda den Kanzler im Jahre 1953 aus dem Streit der Parteien noch in grössere Höhen herausheben konnte, hat seine Wirkungskraft verloren. Die autokratische und selbsterherrliche Politik Adenauers hat die CDU in die unangenehme Lage gebracht, sich für 1957 auf einen Zwei-Fronten-Kampf vorbereiten zu müssen.

In Würzburg hat die FDP bewiesen, dass sie bereit zu sein scheint, in dieser kommenden Auseinandersetzung ihre Zähne zu zeigen. In dem -2-

Hauptreferat Dr. Dehlers und in der Diskussion sind Worte gefallen, auch in bezug auf die mangelnde Bereitwilligkeit zur Wiedervereinigung, die man in der gedämpften Bonner Residenz- Atmosphäre noch vor Jahresfrist nur in Flüsterton zu hören bekam. Vielen der Delegierten dürften die vorgetragenen Einzelheiten über das tatsächliche Ausmass der in Bonn bereits üblich gewordenen Praxis der Bespitzelung, der Einschüchterung und der Gleichschaltung neu gewesen sein. Einige werden sich bisher vielleicht auch geweigert haben, die seit Jahren von der SPD in dieser Richtung ausgesprochene Kritik als bare Münze zu nehmen. In erfreulicher Offenheit hat jedoch Dr. Dehler diese Zweifel beseitigt. Was der Opposition seit 1949 widerfahren sei, so sagte er, "dieses Verschweigen der entscheidenden Tatsachen, diese Zumutung, die von einem kleinen Kreis ausgeheckten politischen Weisheiten und Entscheidungen kritiklos hinzunehmen", das sei auch in steigendem Masse der FDP widerfahren. Man soll diese Gemeinsamkeiten in der Abwehr der Bonner Methoden der Politik, die sich damit bei SPD und FDP ergeben haben, auch im Hinblick auf die Zukunft gewiss nicht unterschätzen.

Aber auch in Würzburg war man sich darüber im Klaren, dass die Abwehr der jetzigen Bonner Politik kein ausreichendes Programm für 1957 sein kann. In diesem Sinne stiess das Hauptreferat Dehlers auf einige Kritik. Tatsächlich lässt auch die politische Entschliessung des Parteitages nur begrenzte Rückschlüsse auf die Zielsetzung der Partei zu. Man wird allerdings für diesen Mangel angesichts der Notwendigkeit, sich in erster Linie mit der gerade abgewehrten Gefahr einer Spaltung auseinandersetzen zu müssen, Verständnis aufbringen können.

In erster Linie ist der Würzburger Parteitag der "Parteitag der Abrechnung" gewesen. Abrechnung mit Adenauer, mit der CDU und mit der Spaltergruppe. Die FDP hat einen Prozess der Selbstreinigung und der Entschlackung durchgemacht, der ihr die Basis für das weitere politische Bestehen gibt. Dass damit die innere Konsolidierung und Neuformung - man denke nur an das Problem des auch in Würzburg deutlich gewordenen Machtzuwachses der jüngeren Gruppe - noch keineswegs abgeschlossen ist, ist offensichtlich.

In zwölf Jahren Sechs-Mächte-Markt?

-pt., Brüssel

Die von der Messinakonferenz der Aussenminister der sechs Staaten der Montanunion Belgien, Frankreich, Italien, Holland, Luxemburg, Bundesrepublik -eingesetzten Sachverständigenausschüsse haben ihre Arbeiten abgeschlossen. Ein Bericht von rund 150 Seiten wird Aussenminister, Regierungen und Parlamente davon unterrichten, wieweit die Sachverständigen einen Zusammenschluss der sechs Staaten für möglich halten, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Markt zu bilden sowie eine gemeinsame friedliche Anwendung der Atomkraft und eine Zusammenfassung der bestehenden "klassischen" Energiewirtschaft und des Verkehrs, besonders des Luftverkehrs zu erreichen, und welche Wege dahin führen sollen. Ende Mai soll eine zweite "Messinakonferenz", eine Konferenz der sechs Aussenminister, wahrscheinlich diesmal in Rom, entscheiden, wieweit die einzelnen Regierungen bereit sind, den im Bericht enthaltenen Vorschlägen zu folgen und von ihren Parlamenten die dazu notwendigen Vollmachten zu verlangen, bzw. ihnen die notwendigen Gesetzesvorschläge unterbreiten.

Grundlage und Hauptstück der gesamten wirtschaftspolitischen Neugestaltung des Verhältnisses der sechs Montanunionsstaaten zueinander ist zweifellos die "Europäische Markteinheit". Man weiss, dass sie in drei Etappen, die insgesamt zwölf Jahre umfassen, erreicht werden soll. Es soll dabei nicht, wie in der Kohle- und Stahlgemeinschaft, von einzelnen Industriezweigen ausgegangen werden, sondern vom gesamten Warenverkehr. Schritt für Schritt sollen die zwischen den sechs Staaten bestehenden Zollgrenzen abgetragen, die Verkehrsbeschränkungen beseitigt, soll die "freie Konkurrenz" auf dem Gesamtgebiet der sechs Staaten für alle Erzeugnisse ihrer Wirtschaft hergestellt werden. Und das nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft und die Energieversorgung, der als neuer Faktor eine gemeinschaftliche Atomkraftausbeutung hinzugefügt werden soll.

Das Beispiel der Benelux-Wirtschaftsunion zeigt, wie schwer ein solcher gemeinschaftlicher Markt zu erreichen ist. Koch immer ist, besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft, aber auch auf anderen, der Markt Belgiens, Hollands und Luxemburgs keine völlige Einheit. Wenn auch die Messinaausschüsse gerade an diesem Beispiel gelernt haben mögen, was man vermeiden sollte und wie man gewisse Probleme besser anpacken kann, so haben sie auch sehen müssen, dass die wirtschaftliche Vereinigung von

sechs Staaten noch schwierigere Aufgaben bietet. Die einstimmige Verabschiedung des Berichtes, von dem es dazu in der offiziellen Ankündigung heisst, dass er unter "der ausschliesslichen Verantwortung der Delegationsleiter" steht und deren Regierungen nicht bindet, dürfte nur möglich gewesen sein, weil man bei besonders heiklen Fragen allgemeine Umschreibungen wählte. Henri Spaak, dem die Leitung der Arbeit übertragen war, ist ein Meister darin, elegante Formulierungen zu finden, wo keine praktische, bestimmte Einigung zu erzielen ist.

Lücken, die blieben

Damit ist keine Herabsetzung der hochbedeutsamer Arbeit gemeint, die die Ausschüsse, in denen als Sekundant Spaaks der Brüsseler Botschafter der Bundesrepublik, Prof. C.F. Ophüls, eine hervorragende Rolle spielte, geleistet haben. Man ist sich auch zweifellos über die Lücken klar gewesen, die der Bericht z.B. auf sozialpolitischem Gebiet, in der Frage einer gemeinsamen Handelspolitik zu den aussenstehenden Staaten, in der Frage des Eigentums des Atommaterials und dessen Verwendung zu militärischen Zwecken, wie bezüglich der Ausdehnung des freien Marktes auf die Kolonien der Teilnehmerstaaten aufweist.

Nimmt man hinzu, dass gegenwärtig die internationale Politik auf jedem Gebiet grossen Entscheidungen zusteuert, so erkennt man, dass schwer vorauszusehen ist, wann und in welcher schliesslichen Form die Messinabeschlüsse praktische Wirklichkeit werden. Auch auf dem Gebiet der Energiewirtschaft mehren sich aus Wissenschaft und Wirtschaft die Stimmen, die davor warnen, alles auf die eine Atomkarte zu setzen.

Aus allen diesen Gründen darf man gespannt sein, wie sich die Ausenminister und Regierungen im Mai zu den Richtlinien und Empfehlungen des Berichtes einstellen werden. Und noch gespannter, wie sich später die Parlamente, deren politische Zusammensetzung in den sechs Ländern je recht verschieden ist, entscheiden werden.

* * *

Ulbricht in Verzug

sp. Was man von der Geburtstagsfeier der zehn Jahre alt gewordenen SED erwarten konnte, ist eingetreten: ein betontes Liebeswerben um die Sozialdemokratische Partei mit vielen unschuldvollen Augenaufschlägen. Der Tenor der Ostberliner Ulbricht-Rede am Sonnabend ist freilich gar nicht neu. Es werden die "sozialdemokratischen Klassenbrüder" beschworen doch endlich ihre törichtesten Vorbehalte gegen die Kommunisten und - 5 -

SPD-PresseDienst

P/XI/94

- 5 -

23.4.1956

gegen die SED aufzukündigen und die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" herzustellen. Das Trennende soll beiseite geschoben und das Verbindende in den Vordergrund gestellt werden.

Nein, das alles ist nicht neu. Man kennt diese Sprache von den Monaten vor der Zwangsvereinigung vom 21. April 1946. Damals wurde das "Trennende" damit beiseitegeschoben, dass man die Vereinigungswilligen auf heissem und auf kaltem Wege ausser Gefecht setzte. Von vier mecklenburgischen Landessekretären der SPD wurden drei für lange Jahre eingesperrt und einer erschossen - um nur eines zu nennen. In den Jahren von 1945 bis heute war kein Mittel schlecht genug, den "Sozialdemokratismus" in der Zone und mit ihm seine Vertreter zu liquidieren. Vom 18 Jahre alte Falken-Mitglied bis zum 70jährigen Ortsvereinsvorsitzenden der alten SPD begegnet man den "Klassenbrüdern" in den Zuchthäusern Mitteldeutschlands.

Grotewohl bestritt kürzlich das Bestehen von politischen Terror in der Zone. Ulbricht aber widerlegte ihn jetzt auf der Zehnjahresfeier; er meinte, künftig werde man "weniger verhaften und mehr belehren" müssen. Einerseits möchte die SED mit den Sozialdemokraten ins Gespräch kommen und will als Preis dafür künftige Toleranz zahlen - andererseits aber denkt sie nicht daran, die seit Jahr und Tag verhafteten Sozialdemokraten freizulassen.

Vielleicht wird Pankow in der nächsten Zeit wirklich etwas vorsichtiger mit Verhaftungen von Sozialdemokraten sein. Das bedingt schon der neue Kurs des Kremls. Der gute Vorsatz ist nicht in der eigenen Küche ausgekocht, und er wird nur solange Gültigkeit haben, wie der "neue Kurs" opportun erscheint. Überzeugender aber würde es sein, schliesse sich Pankow endlich als letztes Glied in der Kette der "Volksdemokratien" an und würde denen die Freiheit wiedergeben, die in der Stalinära verurteilt worden sind. Freilich, auch dort hat die "Entsäuberung" ihre Grenzen - sie ist aber entschieden weiter gediehen als in der Sowjetzone. In Pankows "DDR" gibt es noch heute rund 20 000 politische Häftlinge, darunter eine grosse Anzahl von Sozialdemokraten. Dieses Faktum ist mit der Behauptung, es handele sich um einen "verlogenen Zuchthausrummel (Grotewohl) nicht aus der Welt geschafft.

*

*

- 5 -

Noch mehr Pensionen für frühere NS-Größen?

Dr. W. Sch. Dem ständigen Drängen der früheren Verwaltungsangehörigen des öffentlichen Dienstes, die noch nicht wieder in Amt und Würden sind, folgend, haben die Regierungsparteien dem Bundestag kürzlich eine weitere "Verbesserung" des Gesetzes aus Artikel 131 in Vorschlag gebracht. Damit soll nicht nur der Kreis der Berechtigten erheblich erweitert werden sondern es sollen auch die noch nicht untergebrachten Personen an Stelle eines bisherigen Übergangsgeltes künftig Versorgungsbezüge in Höhe ihrer 1945 verdienten Ruhegelder erhalten. Auch die Anrechnung privater Einkünfte soll günstiger wie bisher gestaltet werden.

Ob es ein Zufall ist, dass man die Vorlage gerade erst jetzt, nachdem der Wahlkampf bereits seine Schatten wirft, einbringt, soll hier nicht erörtert werden. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat die berechtigten Versorgungsansprüche des unter das Gesetz 131 fallenden Personenkreises stets anerkannt und mit ihrer Zustimmung ist auch das 131er Gesetz vom Bundestag verabschiedet worden. Sie ist auch bereit, für die Beseitigung gewisser, noch nicht geregelter Unbilligkeiten und Härten einzutreten. Es sei nur darauf hingewiesen, dass die Versorgung der 131er bereits jetzt dem Steuerzahler ausserordentliche Lasten auferlegt es sind jährlich in Bund, Ländern und Gemeinden ca 1 1/2 Mrd. DM - und dass daher sehr sorgsam überlegt werden muss, ob man diese Lasten noch erheblich - die Vorlage der Regierungsparteien spricht von 180 Mill. DM jährlich - erhöhen darf. Diese Überlegung ist umso berechtigter, als Bundesregierung und Bundestag in ihrer Mehrheit bisher in keiner Weise bereit waren, die Wiedergutmachungsansprüche der Verfolgten des Naziregimes zu deren Verfolgern ein erheblicher Teil der aus Artikel 131 versorgten Beamten gehört, auch nur annähernd zu befriedigen. Die dem Bundestag zur Zeit zur Beschlussfassung vorliegende Ergänzungsnovelle zum Bundesentschädigungsgesetz (BEG) bringt, soweit sich bisher übersehen lässt, auch jetzt noch keineswegs eine wirkliche und wirksame Verbesserung. Beide Fragen können also keineswegs unabhängig voneinander gesehen werden und was den einen recht ist, muss für die anderen zumindestens billig sein.

Aber es ist auch noch ein anderes zu beachten. In steigender Ausmass hat in letzter Zeit die breite Öffentlichkeit, insbesondere aber auch die Kreise der politisch, rassisch und religiös Verfolgten, sich darüber erregt, in welchem hohem Ausmass an frühere hohe Funktionäre des Dritten Reiches heute aufgrund des 131er Gesetzes Versorgungsbezüge gezahlt werden, die weit das übersteigen, was auch nur irgendein - 7 -

Verfolgter des Naziregimes erhalten kann. Es mag genügen, auf die Fälle des Oberreichsanwalts Ernst Lautz, des SS-Generals Sepp Dietrich, des Generalfeldmarschalls Schöyner, des Professor Clauberg und nicht zuletzt auch des Grossadmiral a.D. Raeder hinzuweisen. Und auch die Fälle des früheren Polizeipräsidenten von Lübeck, Schroeder, wie so mancher früherer Stadtoberhäupter, und nicht zuletzt die des "Eisernen Gustav" und seines Spiessgesellen Schubert sind nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland bekannt geworden.

Böcke von Schafen unterscheiden

Es zeigt sich somit, dass die bisherigen Bestimmungen des Gesetzes 131 in keiner Weise genügen, um Mißstände solcher Art auszuschliessen. Bei der Beratung der neuen Vorschriften zum 131er Gesetz muss daher darauf geachtet werden, dass Pensionen auch nur wirklich solche Leute erhalten, die sich nicht in der Machtzeit des nationalsozialistischen Regimes verbrecherisch betätigt haben oder einer solchen Handlungsweise ihre damalige Verbeamtung verdanken. Es wird gerade im Interesse der vielen aus dem 131er Gesetz versorgten Personen liegen, die anständig geblieben sind und auch in jener Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit taten, dass man sie nicht in einen Topf werfen muss mit verbrecherischen Elementen, die infolge völlig unangebrachter Milde und unserer heutigen allgemeinen restaurativen Tendenzen unverdient und unberechtigt aus öffentlichen Mitteln versorgt werden. Hier sollte eine wirkliche Scheidung der Böcke von den Schafen erfolgen.

Es gilt, zu sichern, dass Rechte und Vergünstigungen nach dem Gesetz aus 131 über die jetzt schon bestehende beschränkende Regelung hinaus der nicht in Anspruch nehmen darf, der die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geschaffene Lage zu seinen Gunsten ausgenutzt oder durch sein Verhalten während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstossen hat. Selbstverständlich wird das gleiche auch für solche Personen gelten müssen, die sich nach dem 8. Mai 1945 in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin entsprechend verhalten haben. Also nicht noch mehr Pensionen an frühere NS-Grössen, sondern bei einer Verbesserung des 131er Gesetzes, soweit diese berechtigt ist, keine Pensionen mehr künftig an Nazikriegsgewinnler auf dem Gebiet der Bezüge aus öffentlich rechtlichen Kassen oder an die, die sich unmenschlich und wider alle Grundsätze rechtsstaatlichen Denkens verhalten und betätigt haben.

Schäffers' Widerstand

sp. Einer angesehenen ausländischen Finanzzeitung hat der Bundesfinanzminister seine Absicht angekündigt, vom Bundeskanzler Vollmacht für ein Veto auf Grund des Artikels 113 des Grundgesetzes zu verlangen. Dieser Artikel besagt:

"Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schliessen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung."

Gerüchte, dass Schäffer für den Fall, dass er damit bei seinen Kollegen und vor allem beim Bundeskanzler nicht durchkommt, seinen Rücktritt erklären werde, obwohl der Minister am Donnerstag mitteilen liess, er habe keine "akuten Rücktrittsabsichten" halten sich hartnäckig. Nutmassungen in dieser Richtung werden sogar mit dem Wunsch Schäffers in Zusammenhang gebracht, endgültig von der Politik Abschied zu nehmen. Dieser Wunsch wieder dürfte nicht zuletzt auch darauf zurückgehen, dass Schäffers Chancen sehr gering geworden sind, Nachfolger des Bundeskanzlers für den Fall zu werden, dass Adenauer sein Amt aus welchen Gründen immer nicht mehr bekleiden will oder kann. Auf der anderen Seite steht der Ernsthaftigkeit der Rücktrittsabsichten entgegen, dass Schäffer wiederholt erfolgreich mit diesem Mittel gearbeitet hat.

Ein weiteres Moment der Unsicherheit ist durch die Haltung des Bundesrates entstanden. Die Ländervertretung hatte am letzten Freitag verlangt, die Bundesregierung solle selbst einen Entwurf für Steuersenkung vorlegen, damit auf diesem Wege der Bundesrat seinerseits schneller verbindlich zu dieser Materie, die die Länder sehr dringend angeht, äussern kann, als es normalerweise bei Gesetzen möglich ist, die auf eine Initiative des Bundestages zurückgehen. Die Steuersenkungsvorlagen der grossen Parteien befinden sich gegenwärtig in den Ausschüssen. Sollte die Regierung sich nicht zur Vorlage eines eigenen Entwurfes entschliessen, beabsichtigt der Bundesrat trotzdem, in Abweichung von der bisherigen Praxis sich in die Auseinandersetzung einzuschalten.

Die Begründung Schäffers für seinen hartnäckigen Widerstand gegen Steuersenkungen, die Währung könnte dadurch gefährdet werden, überzeugt in Fachkreisen angesichts der angehäuften, in die Milliarden gehenden Reserven nicht und schon gar nicht der aus dem Finanzministerium kommende Hinweis, durch die vom Bundestag gewünschte Steuersenkung würden die Einnahmen so entscheidend geschmälert werden, dass auch für eine Reform der Altersrente nichts übrig bleibe.

Jedenfalls muss sehr bald Klarheit geschaffen werden. Dies ist auch die Absicht Schäffers für sein erstes Gespräch mit dem Kanzler nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau